

Compliance in Vereinen und Verbänden

Pischel / Kopp / Brouwer

2. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-78439-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Pischel/Kopp/Brouwer
Compliance in Vereinen und Verbänden



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Compliance in Vereinen und Verbänden

Herausgegeben von

RA Dr. Gerhard Pischel, LL.M.

Partner in der HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

RA Reinhold Kopp

Fachanwalt für Arbeitsrecht, Partner in der HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Minister für Wirtschaft a.D.

RA Dr. Tobias Brouwer

Syndikusrechtsanwalt Verband der Chemischen Industrie e.V.

Bearbeitet von

RA Dr. Tobias Brouwer; Michael Henning; Prof. Dr. Henning Herzog;
RA Marcus M. Hotze; Dr. Jan Imgrund LL.M.; RAin Prof. Dr. Anne Jakob LL.M.;
RAin Dr. Dagmar Knigge; RA Reinhold Kopp; Konstantin Kutscher;
RAin und StBin Anette Maier LL.M., MBA, EMBA; RA Jan Paul Marschollek;
RA Prof. Dr. Stephan Ory; StB Dr. Marco Ottenwälder; RA Dr. Gerhard Pischel LL.M.;
RAin Karen Sokoll LL.M.; Dipl.-Kfm. Gregor Stephan; RA Dr. André Turiaux;
Prof. Dr. Stephan Wernicke; RAin Prof. Dr. Petra Wittig

2. Auflage 2024



Zitiervorschlag:
PKB Compliance in Vereinen und Verbänden/Bearbeiter § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 78439 2

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Ende des Jahres 2021 waren in Deutschland über 615.500 eingetragene Vereine registriert. Idealvereine in unterschiedlichster Ausprägung sind wichtige Stützen der Zivilgesellschaft, bündeln gemeinsame Interessen und leisten wertvolle Beiträge zum sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir haben sie daher zusätzlich zu den Verbänden in den Fokus des Handbuchs genommen. Mit Dr. Tobias Brouwer wurde der Herausgeberkreis um einen erfahrenen Sachkenner erweitert.

Zwischenzeitlich ist für Vereine und Verbände unstreitig, dass Vorstand und Geschäftsführung bei ihren Leitungsaufgaben nach dem Maßstab der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt der Compliance-Pflicht als Annex der Legalitätspflicht hohe Aufmerksamkeit widmen müssen. Jenseits kleiner, überschaubarer Strukturen müssen sich gerade Organmitglieder im Ehrenamt von Anfang an darauf einstellen, dass die Gewährleistung von Regelkonformität und Integrität im Falle von Verstößen an professionellen Maßstäben gemessen wird. Leichtfertige Geringschätzung der beständig steigenden Anforderungen riskiert immense Schäden und damit verbundenen Haftungsregress, aber auch langfristig wirkenden Reputationsverlust von Vereinen.

Das nunmehr in 2. Auflage erweiterte Handbuch setzt sich zum Ziel, bisherige und neue rechtliche Herausforderungen in den wichtigsten Handlungsfeldern des Vereinsrechts übersichtlich darzustellen, dabei den Praktiker anzusprechen und zugleich eine gründliche Aufbereitung zu ermöglichen und Lösungswege aufzuzeigen. In den vergangenen 7 Jahren haben sich etwa durch die COVID-19 Pandemie eine Flexibilisierung der statuarischen Prozesse ergeben und Möglichkeiten der Digitalisierung erweitert. Mit der Kita-Rechtsprechung des BGH wurde das Leben der zweckdominierten gemeinnützigen Vereine erleichtert, gleichzeitig hat die Bundesregierung eine geplante Vereinsrechtsreform zurückgezogen. Fragen der formellen Satzungsmaßigkeit, der Förderung der Allgemeinheit und Grenzen politischer Betätigung sowie des steuerbegünstigten Zweckbetriebs waren mehrfachen Gegenstand höchstrichterlicher Rechtsprechung.

Gegenstand der Erörterungen sind immer wieder Organisationsstrukturen im Groß- und Gesamtverein. Wie kann deren Governance mit den Elementen Compliance und Risikoversorge rechtssicher ausgestaltet werden und wie kann Vorstandshaftung durch Delegation von Geschäftsführungsaufgaben und den Abschluss von D&O-Versicherungen eingeehtet werden. Seit dem 1.7.2023 gilt für Stiftungen und damit analog für Vereine ausdrücklich die aus dem Aktienrecht bekannte business judgment rule: Eine Pflichtverletzung liegt nicht vor, wenn das Mitglied des Organs bei der Geschäftsführung unter Beachtung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorgaben vernünftigerweise annehmen durfte, auf der Grundlage angemessener Informationen zum Wohle der Stiftung zu handeln.

Schließlich haben gesetzgeberische Aktivitäten auf europäischer und nationaler Ebene auch Auswirkungen auf die Vereinspraxis. Genannt werden sollen etwa die DS-GVO, das Hinweisgeberschutzgesetz und das zwischenzeitlich bereits novellierte Lobbyregistergesetz. Auch das für Wirtschaftsverbände in der Vergangenheit hoch sensible Kartellrecht findet neue Anwendungen. Neue Leitlinien der Kommission zeigen die kartellrechtlichen Grenzen der Kooperation von Wettbewerbern auch unter dem Dach von Vereinen und Verbänden und der Begriff „Sportkartellrecht“ hat sich eingebürgert, etwa bei der Regulierung von Spielervermittlern durch Sportverbände oder verbandlichen Genehmigungsvorbehalten mit Sanktionsandrohung.

Vorwort

Die Herausgeber erwarten eine weitere dynamische Entwicklung der Compliance Anforderungen für Vereine und Verbände. Hinweise aus der Vereinspraxis sind hochwillkommen. Sie erreichen uns unter gerhard.pischel@heussen-law.de, reinhold.kopp@heussen-law.de und brouwer@vci.de.

Berlin, Frankfurt, München, Februar 2024

*Gerhard Pischel
Reinhold Kopp
Tobias Brouwer*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Autorenverzeichnis

Dr. Tobias Brouwer

Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt), Abteilungsleiter Recht und Steuern, Compliance,
Verband der Chemischen Industrie (VCI) e.V., Frankfurt a. M.

Michael Henning

Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI), Berlin

Prof. Dr. Henning Herzog

QIRM Institut für Regulation und Management, Berlin

Marcus M. Hotze

Rechtsanwalt, Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Berlin

Dr. Jan Imgrund LL.M.

Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt), Recht / Compliance / Verbraucherschutz,
Compliance Officer, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin

Prof. Dr. Anne Jakob LL.M.

Rechtsanwältin, Karben

Dr. Dagmar Knigge

Rechtsanwältin, Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, München

Reinhold Kopp

Rechtsanwalt, Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Berlin

Konstantin Kutscher

Referatsleiter Recht der öffentlichen Verwaltung und Public Management, Deutsche
Industrie- und Handelskammer (DIHK), Berlin

Anette Maier LL.M., MBA, EMBA

Rechtsanwältin und Steuerberaterin, München

Jan Paul Marschollek

Rechtsanwalt, E.M.B.L.-HSG, Hasselroth

Prof. Dr. Stephan Ory

Rechtsanwalt, Institut für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR), Saarbrücken

Dr. Marco Ottenwälder

Steuerberater, Andersen GmbH Rechtsberatung Steuerberatung, Frankfurt a. M.

Dr. Gerhard Pischel LL.M.

Rechtsanwalt, Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, München

Karen Sokoll LL.M.

Rechtsanwältin, Kanzlei Areté, Richterin am Landesverfassungsgericht
Berlin-Brandenburg, Berlin

Dipl.-Kfm. Gregor Stephan

QIRM Institut für Regulation und Management, Berlin

Dr. jur. André Turiaux

Rechtsanwalt, Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, München

Prof. Dr. Stephan Wernicke

Chefjustitiar, Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) Berlin und
Honorarprofessor für Europarecht, Europäisches Wirtschafts- und Wettbewerbsrecht an
der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Petra Wittig

Rechtsanwältin, Kanzlei Wittig Köpferl Rechtsanwälte Part mbB, München


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Verzeichnis der (abgekürzt) zitierten Literatur	XXXVII

1. Kapitel. Einleitung

§ 1. Struktur und Prozesse eines eingetragenen Vereins	1
§ 2. Gesellschaftsrechtliche Verantwortlichkeit im Innen- und Außenverhältnis	15

2. Kapitel. Unternehmensarbeit in Verbänden

§ 3. Rolle und Funktion der Wirtschafts- und Berufsverbände	33
§ 4. Kartellrecht	63
§ 5. Kartellrecht – Reaktionen des Verbandes gegenüber seinen Mitgliedern	127

3. Kapitel. Vereine und Verbände in der Öffentlichkeit

§ 6. Strafrechtliche Compliance-Verantwortung	143
§ 7. Zivilrechtliche Compliance-Verantwortung bei Marketing und Öffentlichkeitsarbeit	211
§ 8. Lobbyismus und Transparenz	237

4. Kapitel. Innere Organisation des Wirtschaftsverbands

§ 9. Compliance und Arbeitsrecht	299
§ 10. Datenschutz	327
§ 11. Compliance und Steuern	361

5. Kapitel. Compliance-Systeme

§ 12. Rolle des Compliance Officers	385
§ 13. Compliance Management Systeme in Vereinen und Verbänden	397

6. Kapitel. Branchenspezifische Wirtschaftsverbände

§ 14. Sportverbände	417
§ 15. Versicherungswirtschaft	465
§ 16. Medienverbände	481
§ 17. Kommunale Vereine und Verbände	493
§ 18. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)	505

Sachverzeichnis	521
-----------------------	-----

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Verzeichnis der (abgekürzt) zitierten Literatur	XXXVII

1. Kapitel. Einleitung

§ 1. Struktur und Prozesse eines eingetragenen Vereins	1
A. Privatrechtliche Vereine	1
I. Arten privatrechtlicher Vereine	1
II. Sonderformen des Vereins: Vereinsverband und Gesamtverein	2
B. Gründung/Vereinsatzung	3
I. Gründung eines Vereins	3
1. Allgemeines	3
2. Besonderheiten beim Vereinsverband und beim Gesamtverein	4
II. Vereinsverfassung	5
1. Vereinsverfassung als rechtliche Grundordnung des Vereins	5
2. Organe des Vereins	6
a) Vereinsvorstand	6
b) Ressortverteilung im Vorstand	8
c) Weitere Organe	9
d) Mitglieder-/ Delegiertenversammlung	9
e) Bestellung eines besonderen Vertreters (§ 30 BGB)	9
f) Weitere Organe, insbesondere Geschäftsführer	11
g) Bevollmächtigte	13
C. Autonomie und grundgesetzlicher Schutz	13
§ 2. Gesellschaftsrechtliche Verantwortlichkeit im Innen- und Außenverhältnis	15
A. Die Haftung des Vereins im Außenverhältnis	15
I. Generelle Haftung des Vereins	15
II. Haftungsgrundsätze	16
III. Haftung für vertragliche Ansprüche	16
IV. Haftung des Vereins nach § 31 BGB	16
1. Allgemeines	16
2. Erfasster Personenkreis	16
3. Haftung von Dachverbänden bzw. Spitzenverbänden	17
4. Sachlicher Anwendungsbereich	17
5. Haftung des Vereins für Organisationsmängel	17
6. Zwingender Charakter des § 31 BGB	19
V. Haftung des Vereins nach § 831 BGB	19
B. Haftung des Vorstands oder der Vereinsrepräsentanten im Außenverhältnis	19
C. Haftung des Vorstands im Innenverhältnis gegenüber dem Verein	19
I. Pflichten des Vorstands – Haftungsgrundsätze	19
II. Einzelne Geschäftsführungspflichten	20

III. Compliance-Verantwortlichkeit des Vorstands	21
1. Allgemeines zur Compliance-Verantwortlichkeit des Vereinsvorstands – Haftung unter dem Gesichtspunkt des Organisationsverschuldens	21
2. Überblick über die Elemente einer Compliance-Organisation	22
3. Vereinsweite Compliance-Verantwortlichkeit?	22
IV. Grundsatz der Gesamtverantwortung bei einem mehrgliedrigen Vorstand	24
1. Allzuständigkeit – Grundsatz der Gesamtverantwortung	24
2. Ressortverteilung	24
3. Weitere Einzelheiten	25
V. Haftung bei Vorhandensein fakultativer Organe	26
VI. Delegation	26
1. Vorstandspflichten bei unternehmensinterner Delegation – Allgemeines	26
2. Auswahl-, Einweisungs- und Überwachungssorgfalt	26
VII. Gesetzliche Haftungsbegrenzung	28
1. Allgemeines zur gesetzlichen Haftungsbegrenzung in § 31a BGB	28
2. Tatbestandliche Voraussetzungen des § 31a BGB	28
3. Rechtsfolgen des § 31a BGB	29
4. Regelung des § 31b BGB für die Haftung von Vereinsmitgliedern	29
VIII. (Weitere) Möglichkeiten der Haftungsbegrenzung für Organ-/Geschäftsführungsmitglieder des Vereins	30
1. Satzungsregelung/Regelung in einer Geschäftsordnung oder im Anstellungsvertrag	30
2. Bestellung eines besonderen Vertreters	30
3. Einholung einer Weisung	30
4. Einholung fachkundigen Rats	30
5. D&O-Versicherung	31

2. Kapitel. Unternehmensarbeit in Verbänden

§ 3. Rolle und Funktion der Wirtschafts- und Berufsverbände	33
A. Einführung	34
I. Berufs- und Wirtschaftsverbände: Eine Standortbestimmung	34
II. Aufgabenspektrum und Arbeitsweise als Ausgangspunkt für die Compliance-Organisation	36
B. Die Begriffe „Berufsverband“ und „Wirtschaftsverband“	36
I. Berufs- und Wirtschaftsverbände als Idealvereine bürgerlichen Rechts	36
II. Berufs- und Wirtschaftsverbände als „Berufsverbände“ im steuerlichen Sinn	38
III. Fokus: Wirtschaftsverbände im engeren Sinn	39
C. Aufgaben und Funktionen von Wirtschaftsverbänden	40
I. Interessenvertretung gegenüber der Politik und der Verwaltung	40
1. Gesetzgebungsverfahren und Einflussnahmemöglichkeiten	41
a) Interessenvertretung auf Bundesebene	41
b) Interessenvertretung auf europäischer Ebene	42
2. Regulierung der Interessenvertretung	42
3. Die mit der Interessenvertretung verbundene Compliance-Verantwortung	44

II. Meinungsbildung und Interessenkoordination innerhalb der Mitgliedschaft	45
III. Stimme der Branche gegenüber der Öffentlichkeit und den Medien	46
IV. Wirtschaftsverbände als Dienstleister für ihre Mitglieder	46
1. Informationsversorgung der Mitglieder	46
2. Austauschforum für Mitglieder	47
3. Rechtsberatung	48
a) Anforderungen nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz	48
b) Flankierende Anforderungen nach der BRAO	49
4. Standardsetzung und Normung	51
5. Organisation von Messen	51
6. Hilfestellungen im Geschäftsalltag	52
V. Wirtschaftsverbände zur Wahrung der Branchendisziplin	53
VI. Wirtschaftsverbände in staatlichen und halbstaatlichen Funktionen	54
VII. Wirtschaftsverbände als Arbeitgeber	55
D. Organisation und Arbeitsweise von Wirtschaftsverbänden	56
I. Die „äußere Verbandsorganisation“	56
1. Die Mitgliederstruktur	56
2. Verbandsuntergliederungen	57
3. Mehrstufige Verbandsmitgliedschaften	58
4. Verbandskooperationen	58
5. Beteiligungsgesellschaften	59
II. Die „innere Verbandsorganisation“	59
1. Die Leitungsstruktur	59
2. Ausschüsse und Arbeitskreise	60
a) Verbandsintern	60
b) Verbandsübergreifend	61
3. Doppelmandate	61
4. Verbandskontrolle	61
E. Ausblick	61
§ 4. Kartellrecht	63
A. Kartellrechtliche Rahmenbedingungen	64
I. Hintergrund	64
II. Rechtlicher Rahmen-Grundlagen	65
B. Das Kartellverbot	69
I. Einleitung	69
1. Relevante Normen	69
2. Maßnahmen von Wettbewerbern	69
3. Vereine als Adressaten des Kartellverbotes	71
II. Relevante Handlungen	72
1. Vereinbarungen	72
2. Abgestimmte Verhaltensweise	72
3. Beschlüsse eines Wirtschaftsverbandes	73
III. Verantwortlichkeit eines Wirtschaftsverbandes	74
IV. Wettbewerbsbeschränkung	76
1. Zweck	76
2. Wirkung	76
3. Folgen für Wirtschaftsverbände	76
4. Freistellung vom Kartellverbot	77
V. Ausnahme vom Kartellverbot	78

C. Der Missbrauch marktbeherrschender Stellung	79
I. Grundsätze	79
II. Verweigerung der Aufnahme von Unternehmen als Mitglieder	81
D. Sonstige Verbote	83
I. Einflussnahme auf Dritte durch den Verband	83
II. Maßnahmen zur Verwirklichung verbotener Handlungen	83
III. Druck zur Bewirkung zulässiger Handlungen	84
IV. Boykottverbot	84
E. Zusammenschlusskontrolle	85
F. Sanktionen	86
I. Verjährung	86
II. Bußgelder	86
III. Nichtigkeit	87
IV. Schadenersatzansprüche und Regress	88
V. Reputationsverlust	88
G. Allgemeine Elemente der Kartellrechts-Compliance bei Wirtschaftsverbänden	88
I. Risikoanalyse	88
II. Risikominimierung	90
1. Besonderheiten eines Wirtschaftsverbandes	90
2. Sicherstellung eines kartellrechtskonformen Zustandes	90
a) Klare Kommunikation nach Innen und Außen	90
b) Schulung und arbeitsrechtliche Maßnahmen	91
c) Optionen bei festgestellter Verletzung	91
d) Kommunikation	92
e) Institutionalisierung des Prozesses	93
H. Elemente der Kartellrechts-Compliance für einzelne Aktivitäten des Handelns von Wirtschaftsverbänden und seiner Mitgliedsunternehmen	93
I. Allgemeines	93
II. Verbandsitzungen	94
1. Risikoanalyse	94
2. Risikominimierung	97
a) Vorbereitung und Durchführung von Verbandsitzungen	97
b) Elemente wirksamer Risikominimierung	99
III. Statistiken und Benchmarks	100
1. Risikoanalyse	100
a) Allgemeines	100
b) Wettbewerbliche Beurteilung von Marktinformationssystemen	101
c) Marktstruktur	102
d) Merkmale der ausgetauschten Informationen	103
aa) Individualisierbarkeit	103
bb) Art der Daten	104
(1) Aktualität der Daten	104
(2) Datengenauigkeit	105
(3) Zahl der Teilnehmer	105
(4) Offenlegung	106
2. Risikominimierung	107
a) Elemente zulässiger Statistiken und Benchmarks	107
b) Entwicklung von Statistiken und Benchmarks	107
c) Überarbeitung von Statistiken	107
IV. Standardsetzung	109
1. Risikoanalyse	109

2. Risikominimierung	110
a) Grundsätze	110
b) Verfahren	110
c) Lizenzierung von Nutzungsrechten	111
aa) FRAND-Kriterien	111
bb) Freiheit der Verwendung	111
cc) Freiheit des Zugangs	111
dd) Höhe der Lizenzgebühr und Differenzierungskriterien	112
V. Aufstellung von Verhaltenscodizes, Wettbewerbsregeln, Nachhaltigkeitsvereinbarungen, Selbstverpflichtung, Code of Conduct und Verbandsempfehlungen	113
1. Risikoanalyse	113
2. Risikominimierung	115
VI. Allgemeine Geschäftsbedingungen und Satzung	116
VII. Einkaufskooperationen	117
1. Risikoanalyse	117
2. Risikominimierung	119
VIII. Vermarktungsvereinbarungen	121
1. Risikoanalyse	121
2. Risikominimierung	121
IX. Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung	121
1. Risikoanalyse	121
2. Risikominimierung	123
X. Organisation und Abhalten von Messen	124
1. Risikoanalyse	124
2. Risikominimierung	124
a) Zulassung	124
b) Gebühren	125
XI. Erhebung von Mitgliedsbeiträgen	126
1. Risikoanalyse	126
2. Risikominimierung	126
§ 5. Kartellrecht – Reaktionen des Verbandes gegenüber seinen Mitgliedern	127
A. Einleitung	127
I. Allgemeines	127
II. Obhutspflichten	129
III. Beispielhafte Verletzungshandlungen	129
IV. Beschränkungen des Verbandes	131
B. Reaktionen	132
I. Auswahl	132
1. Entschließungsermessens	132
2. Auswahlermessens	133
II. Reaktionsstufen	134
1. Option I: Gespräch und Information	134
2. Option II: Schulungsangebot oder Schulungspflicht	134
3. Option III: Zeitweise Suspendierung	134
4. Option IV: Ausschluss	135
5. Option V: Ordnungsgelder	135
C. Mögliche Schritte zur Implementierung	135
I. Dokumentation	135
II. Vereinsrechtlicher Rahmen	136
1. Compliance in nichtwirtschaftlichen Vereinigungen	136

2. Grundlagen in der Satzung	136
3. Eingriffsintensität der Reaktion	137
4. Reaktionen auf Verhalten von Nichtmitgliedern	139
5. Zurechnung des Verhaltens Dritter beim Mitglied	140
III. Zuständigkeit und Verfahren	140

3. Kapitel. Vereine und Verbände in der Öffentlichkeit

§ 6. Strafrechtliche Compliance-Verantwortung	143
A. Einführung	145
B. Sanktionierung des Vereins	147
I. Keine Verbandsstrafbarkeit nach geltendem Recht	147
1. Die Reformdebatte	148
2. Die Sanktionierung nach § 30 OWiG (Verbandsgeldbuße)	150
a) Funktion und Rechtsnatur	150
b) Voraussetzungen	151
c) Höhe der Verbandsgeldbuße	152
3. Verbandsbezogene Einziehung (§§ 73 ff. StGB, § 29a OWiG)	154
a) Einführung	154
b) Besonderheiten im Ordnungswidrigkeitenrecht	155
c) Voraussetzungen der (Dritt-)Einziehung gem. § 73b StGB	156
aa) Überblick	156
bb) Vertretungsfälle	156
cc) Verschiebungsfälle	158
d) Umfang der Einziehung	158
e) Wertersatz einziehung (§ 73c StGB)	159
f) Erweiterte Einziehung (§ 73a StGB)	159
g) Selbstständige Einziehung	160
h) Verfahren	160
4. Verbandsbezogene Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten (§§ 74 ff. StGB, §§ 22 ff. OWiG)	160
a) Allgemein	160
b) Voraussetzungen	161
5. Verbandsbezogene Mehrerlösabschöpfung (§§ 8 ff. WiStG)	161
6. Verbandsbezogene Sanktionen nach ausländischem Recht	161
7. Sonstige Sanktionsmöglichkeiten	163
II. Individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit im Verein	163
1. Vorbemerkung	163
2. Die Beteiligung nach dem StGB und dem OWiG	163
3. Überblick: Fallgruppen und Besonderheiten individueller strafrechtlicher Verantwortlichkeit	164
4. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit innerhalb der Leitungsebene des Vereins	165
5. Die Geschäftsherrenhaftung	167
a) Problemstellung	167
b) Garantenstellung des Geschäftsherrn zur Verhinderung von Straftaten seiner Untergebenen	167
c) Garantenstellung des Geschäftsherrn zur Verhinderung von Schäden seiner Untergebenen oder externer Dritter	168
d) Garantenstellung kraft tatsächlicher Übernahme eines Pflichtenkreises	169
e) Die Reichweite der Geschäftsherrenhaftung	170

6. Die Zurechnung besonderer persönlicher Merkmale gem. § 14 StGB, § 9 OWiG	171
7. Mittelbare Täterschaft kraft Organisationsherrschaft (§ 25 Abs. 1 Alt. 2 StGB)	172
8. Die „neutrale“ Beihilfe	173
9. Die betriebliche Aufsichtspflichtverletzung gem. § 130 OWiG	174
a) Rechtsnatur und Zweck der Vorschrift	174
b) § 130 OWiG und Criminal Compliance	174
c) Voraussetzungen	175
d) Aufsichtspflicht des Vereins gegenüber Dritten, insbes. seinen Zweigvereinen bzw. Untergliederungen	177
e) Rechtsfolgen	178
III. Strafrechtliche Verantwortlichkeit bei Handeln gegenüber einem Verein	178
IV. Korruption als Strafbarkeitsrisiko	179
1. Allgemein	179
2. Bestechung und Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB)	179
a) Entstehungsgeschichte	179
b) Rechtsgut	180
c) Deliktsstruktur	180
d) Antragsdelikt (§ 301 StGB)	180
e) Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr (§ 299 Abs. 1 StGB)	181
aa) Überblick	181
bb) Täter	181
cc) Tatsituation	182
dd) Tathandlungen	183
ee) Vorteil	183
ff) Unrechtsvereinbarung iRd § 299 Abs. 1 Nr. 1 StGB	185
gg) Unrechtsvereinbarung iRd § 299 Abs. 1 Nr. 2 StGB	186
hh) Sozialadäquate Zuwendungen	187
ii) Subjektiver Tatbestand	188
f) Bestechung (§ 299 Abs. 2 StGB)	188
g) Handlungen im ausländischen Wettbewerb	189
h) Strafzumessung (§ 300 StGB)	189
3. Amtsträgerbestechung und -bestechlichkeit (§§ 331 ff. StGB)	190
a) Allgemein	190
aa) Entstehungsgeschichte	190
bb) Rechtsgut und Schutzzweck	190
cc) Systematik	190
dd) Vorteilsannahme (§ 331 StGB) und Bestechlichkeit (§ 332 StGB)	191
b) Vorteilsgewährung (§ 333 StGB)	191
aa) Amtsträger	191
bb) Europäischer Amtsträger	194
cc) Für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter	194
dd) Richter oder Schiedsrichter gem. § 11 Abs. 1 Nr. 3 StGB	195
ee) Anbieten, Versprechen, Gewähren	195
ff) Vorteil	195
gg) Dienstausbübung (§ 331 Abs. 1 StGB, § 333 Abs. 1 StGB)	195
hh) Richterliche Handlung	196

ii) Unrechtsvereinbarung	197
jj) Sozialadäquate Zuwendungen	198
kk) Subjektive Voraussetzungen	199
ll) Rechtswidrigkeit	199
c) Bestechung (§ 334 StGB)	199
aa) Überblick	199
bb) Voraussetzungen	200
cc) Strafzumessung (§ 335 StGB)	201
dd) Bestechung im Ausland (§ 335a StGB)	201
4. Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB)	203
a) Allgemein	203
b) Objektiver Tatbestand	203
aa) Täterkreis	203
bb) Tathandlungen	204
cc) Ungerechtfertigter Vorteil	204
dd) Unrechtsvereinbarung	205
ee) Handeln im Auftrag oder auf Weisung	205
5. Besondere Fallgruppen	206
a) Spenden an Parteien und Wahlbewerber	206
b) Sponsoring und Hospitality	206
V. Strafrechtliche Enthftung	209
§ 7. Zivilrechtliche Compliance-Verantwortung bei Marketing und Öffentlichkeitsarbeit	211
A. Einleitung	211
B. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrecht	213
I. Relevante Schutzrechte	213
1. Kennzeichenrechte	214
a) Namensrechte	215
b) Markenrechte	215
2. Patente, Gebrauchsmuster und Designs	218
3. Urheberrecht	218
II. Konsequenzen für die Compliance – Organisation von Wirtschaftsverbänden	220
C. Recht des unlauteren Wettbewerbes	222
I. Anwendbarkeit des UWG auf Wirtschaftsverbände	222
1. Lauterkeitsrechtliche Beurteilung der Mitgliederwerbung	223
2. Lauterkeitsrechtliche Beurteilung sonstigen Verbandshandels	224
3. Konsequenzen wettbewerbswidrigen Verhaltens	225
II. Konsequenzen für die Compliance-Organisation eines Vereins oder Verbandes	226
D. Bildnis- und Äußerungsrecht	226
I. Betroffene Rechte	227
1. Bildnisrechte	227
2. Äußerungsrecht	229
II. Konsequenzen für die Compliance-Organisation eines Vereins oder Verbandes	230
E. Internet und soziale Medien	231
I. Einsatz sozialer Medien in der Praxis	231
II. Allgemeine Geschäftsbedingungen von Anbietern sozialer Medien	231
III. Informations- und Kennzeichnungspflichten	232
IV. Urheberrecht und Social Media	233

V. Äußerungs- und Bildnisrecht	234
VI. Datenschutz	234
VII. Einsatz von Social Media Guidelines zur Haftungsvermeidung	234
§ 8. Lobbyismus und Transparenz	237
A. Einführung	237
B. Das neue Lobbyregistergesetz	240
I. Hintergründe, Historie und Ausblick	240
1. Lückenhafte „Verbändeliste“ des Deutschen Bundestags	240
2. Professionalisierung der Interessenvertretung	241
3. Politische und mediale Forderungen nach mehr Lobby-Transparenz	241
4. „Allianz für Lobbytransparenz“	242
5. Verabschiedung des Lobbyregistergesetzes	243
6. Gesetzesnovellierung	243
a) Grundsätzliche Kritik an der Reform des LobbyRG	243
b) „Schwarzes Loch“ bei der Offenlegung von Spendern	244
c) Fehlender exekutiver Fußabdruck im LobbyRG	245
II. Voraussetzungen der Eintragungspflicht	246
1. Interessenvertretung: Begriff und Voraussetzungen	247
a) Unmittelbare Kontaktaufnahme	247
b) Mittelbare Kontaktaufnahme	248
c) In-Auftrag-Gabe: Zum Verhältnis zwischen Verein und seinen Mitgliedsunternehmen sowie den Mitgliedern von Vereinsgremien	248
2. Adressaten der Interessenvertretung	251
3. Interessenvertreter	252
a) Eingetragene Vereine	252
b) Nicht rechtsfähige Vereine und Gesamtvereine	252
c) Andere Formen kollektiver Tätigkeit	253
4. Erheblichkeitsschwellen	254
a) Regelmäßige Interessenvertretung (Nr. 1)	254
b) Auf Dauer angelegte Interessenvertretung (Nr. 2)	254
c) Geschäftsmäßige Interessenvertretung für Dritte (Nr. 3)	255
d) Einmalige Interessenvertretung bei Überschreiten einer Häufigkeitsschwelle (Nr. 4)	255
e) In Auftrag gegebene Interessenvertretung (Nr. 5)	255
5. Ausnahmen von der Eintragungspflicht (§ 2 Abs. 2–4 LobbyRG)	256
a) Umfang und Ratio	256
b) Für die Verbandsarbeit relevante Fragestellungen	257
aa) Persönliche Interessen natürlicher Personen	257
bb) Anliegen von ausschließlich lokalem Charakter	257
cc) Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes oder Mandats	258
dd) Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbände	259
ee) Rechtsberatung	260
III. Einzutragende Angaben (§ 3 Abs. 1 LobbyRG)	261
1. Systematik der Eintragungspflichten und gestrichene Verweigerungsmöglichkeit	261
2. Stammdaten (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 LobbyRG)	262
a) Bezeichnung des Interessenvertreters und Kontaktdaten	262
b) Rechtsform	262
c) Gesetzliche Vertreter	262

d) Betraute, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben	265
aa) Ehrenamtliche Organ- und Gremienmitglieder	265
bb) Beschäftigte der Interessenvertretung	265
e) Mitgliederzahl	266
f) Mitgliedschaften	267
g) Interessens- und Vorhabenbereiche sowie Beschreibung der Tätigkeit	268
h) Angabe von Regelungsvorhaben	268
i) Grundlegende Stellungnahmen und Gutachten	269
aa) Nur „grundlegende“ Stellungnahmen/Gutachten	269
bb) Anonymisierungsgebot und Schutz der freien Mandatsausübung	269
cc) Einhaltung des Datenschutzes	270
dd) Wegfall der Veröffentlichungspflicht	270
j) Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung ...	271
k) Finanzielle Angaben	272
aa) Angaben zu den Hauptfinanzierungsquellen	272
bb) Angaben zu den jährlichen finanziellen Aufwendungen	272
cc) Zuwendungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	275
dd) Schenkungen und sonstige Zuwendungen Dritter	275
ee) Angaben zu Mitgliedsbeiträgen	276
l) Jahresabschluss oder Rechenschaftsbericht von juristischen Personen	276
m) Identität von Auftraggebern	277
IV. Rechtsfolgen der Eintragung	277
V. Sanktionen	278
1. Bußgeldvorschriften	278
2. Naming and Shaming	278
3. Verweigerter Zugang zum Bundestag und Ausschluss von parlamentarischer Beteiligung	279
VI. Compliance-Management und Lobbyregister-Beauftragter	280
1. Überwachung der Einhaltung der Aktualisierungspflichten nach § 3 Abs. 3 LobbyRG	280
2. Beachtung des Verbots von Erfolgshonoraren	282
3. Schulungen zu integrierter Interessenvertretung	282
4. Anlaufstelle für Prüfverfahren sowie sonstige interne und externe Anfragen	283
5. Umgang mit Falschangaben durch Dritte	283
6. Gesamtvereins-Lobbyregister-Beauftragter	283
C. Lobbyregister auf Landesebene	284
I. Einführung	284
II. Register der ersten Generation – Öffentliche Liste als Voraussetzung für Anhörungen	284
1. Rechtsgrundlage	284
2. Anwendungs- und Geltungsbereich	285
3. Registerinhalt	285
4. Konsequenzen bei Nichteintragung	285
III. Register der zweiten Generation: Gesetz mit Registrierungsspflicht und umfangreichem Registerinhalt	286
1. Rechtsgrundlage: Formelles Gesetz statt Geschäftsordnung	286
2. Anwendungs- und Geltungsbereich	286
3. Registrierungsspflicht	286
4. Ausnahmeregelungen	286

5. Registerinhalt	287
6. Konsequenzen bei Verstößen	287
7. Politische Fußspur – Dem LobbyRG voraus	287
IV. Fußspurregister – Registrierung der Fußspur statt Lobbyisten	288
1. Rechtsgrundlage: Gesetz über eine öffentliche Liste der Beteiligten	288
2. Anwendungsbereich und Geltungsbereich	288
3. Registerinhalt	288
4. Ausnahmen und Sanktionen bei Verstößen	289
V. Ausblick – Vier weitere Lobbyregister in Planung	289
D. EU-Transparenzregister	290
I. Einführung	290
II. Anwendungsbereich und Geltungsbereich	291
III. Registrierungsspflicht	291
IV. Ausnahmen	292
V. Registerinhalt	292
VI. Verhaltenskodex	293
VII. Konsequenzen und Sanktionen	293
E. Das Transparenzregister nach dem Geldwäschegesetz	294
I. Hintergrund und Zweck des GwG-Transparenzregisters	294
II. Mitteilungspflicht	294
1. Erfasste Vereinigungen	294
2. Begriff des wirtschaftlich Berechtigten	295
3. Meldepflichtige Angaben	296
4. Von der Mitteilungsfiktion zur automatisierten Registereintragung mit Ausnahmen	296
III. Gebühren	297
IV. Einsichtnahme in das Transparenzregister	298
4. Kapitel: Innere Organisation des Wirtschaftsverbands	
§ 9. Compliance und Arbeitsrecht	299
A. Einführung	299
B. Compliance und Verhaltensregeln als Grundlage des Arbeitsverhältnisses	300
I. Inhalte	301
II. Implementierung	302
III. Betriebliche Mitbestimmung	304
IV. Einschränkung im Tendenzunternehmen	305
C. Schulung, Kontrolle und Investigationsmaßnahmen	306
I. Bekanntmachung, Schulung	306
II. Monitoring und angemessene Kontrolle	307
III. Interne und externe Investigations	309
IV. Whistleblowing	311
V. Arbeitsstrafrecht	313
1. Scheinselbständigkeit	314
2. Illegale Beschäftigung: Ausländische Arbeitnehmer, Arbeitnehmerüberlassung	316
3. Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit	317
4. Strafrechtliche Risiken in der Betriebsverfassung	319
VI. Risikofelder arbeitsrechtlicher Compliance	320
1. Diversity Management	320
2. Nachweis der Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiterfassung, Mindestlohngesetz	322

3. Nutzung der digitalen Medien und sozialen Netzwerke	323
VII. Fazit	325
§ 10. Datenschutz	327
A. Einleitung	327
B. Die Regeln des Datenschutzrechts	329
I. Materielle Vorgaben	329
1. Anwendungsbereich	329
a) Geltung des Datenschutzrechts	329
b) Überschneidungen mit Informationssicherheit und Geheimnisschutz	331
2. Grundsätze	332
a) Rechtsgrundlage	332
aa) Erfordernis einer Rechtsgrundlage	332
bb) Wichtigste Rechtsgrundlagen: Vertragserfüllung, Rechtspflichten und berechnigte Interessen nach Interessenabwägung	333
cc) Einwilligung	335
b) Zentrale Gebote	336
aa) Zweckbindung	336
bb) Datenminimierung	337
cc) Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit	337
dd) Transparenz und weitere Gebote	338
3. Wichtige Betroffenenrechte	338
a) Information und Auskunft	338
b) Berichtigung und Löschung, Einschränkung der Verarbeitung	340
II. Formelle Pflichten	341
1. Benennung eines Datenschutzbeauftragten	341
a) Benennungspflicht	341
b) Aufgaben	342
c) Organisatorisches	342
2. Verarbeitungsverzeichnis	343
3. Datenschutzfolgenabschätzung	344
4. Verpflichtung auf das Datengeheimnis	345
5. Einsatz von Dienstleistern; technisch-organisatorische Maßnahmen	346
a) Wichtigster Fall: Auftragsverarbeitung	346
b) Technisch-organisatorische Maßnahmen	347
c) Beispiel Cloud-Computing	349
6. Meldepflicht bei Datenpannen	349
III. Haftungsrisiken	351
C. Spezielle Aspekte	351
I. Webseite und Social Media	351
II. Datenaustausch mit Mitgliedern oder Mitgliedsunternehmen	354
III. Umgang mit Beschäftigendaten	355
§ 11. Compliance und Steuern	361
A. Überblick	361
B. Einordnung des (Berufs-)Verbands als Verein	361
C. Grundzüge der ertragsteuerlichen Behandlung von Vereinen	362
I. Privatnütziger steuerpflichtiger Verein (reguläre Besteuerung)	362
II. Im weiteren Sinne gemeinnütziger Verein (partiell steuerpflichtig)	362
1. Überblick	362

2. Mittelbeschaffung (objektive Steuerbegünstigung)	363
3. Mittelverwendung (subjektive Steuerbegünstigung)	365
a) Steuerbegünstigte Zwecke	365
b) Art der Zweckverfolgung	366
c) Satzungsbezogene Voraussetzungen	368
III. Steuerbefreiter Verein am Beispiel von Verbänden	368
1. Einführung	368
2. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	370
a) Begründung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	370
b) Ertragsteuerliche Folgen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	371
c) Beispiele für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	372
d) Mitgliedsbeiträge	372
e) Vermögensverwaltung	373
f) Beteiligung an Kapitalgesellschaften	373
aa) Regelfall: Vermögensverwaltung	373
bb) Einflussnahme auf die Geschäftsführung	374
cc) Beteiligung an mehreren Kapitalgesellschaften	374
g) Betriebsaufspaltung	375
h) Beteiligung an Personengesellschaften	376
3. Spenden an Parteien	376
a) Verlust der Körperschaftsteuerbefreiung	376
b) Erhöhte besondere Körperschaftsteuer	377
4. Compliance Folgen	377
a) Steuerliche Überprüfung und Steuererklärungen	377
b) Kapitalertragsteuerpflicht	378
aa) Einkünfte aus Kapitalvermögen	378
bb) Abgeltungswirkung	378
cc) Bildung von Rücklagen	378
c) „Verzicht“ auf das Steuerprivileg?	379
D. Grundzüge der umsatzsteuerlichen Behandlung von Vereinen	379
I. Überblick	379
II. Verein als umsatzsteuerlicher Unternehmer	380
III. Umsatzsteuerbefreiungen bei Vereinen	381
IV. Vorsteuerabzug bei Vereinen	382
V. Besonderheiten bei Verbänden	383
1. Umsatzsteuerpflicht	383
2. Umsatzsteuerbefreiungen	383
VI. Besteuerungsfragen	384

5. Kapitel. Compliance-Systeme

§ 12. Rolle des Compliance Officers	385
A. Aufgaben, Funktionen und Verantwortlichkeiten	385
B. Praktische Beispiele für die Ausübung der Rolle des Compliance Officer	388
I. Innenverhältnis	388
1. Mitarbeiter des Verbandes (Hauptamt)	389
2. Mitglieder im Verein (Ehrenamt)	391
a) Vereinsorgane	391
b) Allgemeine Aktivitäten im Verein	392
II. Außenverhältnis	393
1. Öffentliche Stellen und Behörden	393

2. Verbandsunabhängige Aktivitäten von Mitgliedern	394
3. Öffentlichkeit und Dritte	394
III. Sonderkonstellation: Konzernstrukturen in Wirtschaftsverbänden	395
§ 13. Compliance Management Systeme in Vereinen und Verbänden	397
A. Einleitung und Problemstellung	397
I. Ideeller Vereinszweck und wirtschaftliche Interessen	398
II. Vereinsinteressen und Mitgliederinteressen	398
III. Interne Organisation und externe Organisation	399
B. Rahmenbedingungen von Vereinen und Verbänden	400
I. Vereine und Verbände als komplexe Organisationen	400
II. Ausgewählte Merkmale von Vereinen und Verbänden	401
1. Personelle Verflechtungen	401
2. Institutionelle Verflechtungen	402
3. Sonstige Verflechtungen	403
a) Immaterielle sowie materielle Verflechtungen	403
b) Räumliche und zeitliche Verflechtungen	403
C. Zielfunktionen und Zielkonflikte von Compliance in Vereinen und Verbänden	403
I. Schutzfunktion	404
II. Transparenzfunktion	404
III. Dialog- und Kommunikationsfunktion	405
IV. Kontroll- und Steuerungsfunktion	405
V. Schulungs- und Beratungsfunktion	405
D. GRC-Managementansatz als Analyserahmen für Compliance in Vereinen und Verbänden	406
I. IT-gestütztes Referenzmodell für Regulationsmanagement	406
II. Umsetzung in der Praxis	407
E. Herausforderungen und Gestaltungselemente von Compliance in Referenzsystemen	408
I. GRC-Referenzmodell für Vereine und Verbände	408
II. Institutionelle Perspektive	409
III. Prozessuale Perspektive	410
1. GRC-Chancen- und Risikomanagementprozess	410
2. Identifikation, Inventur und Analyse	410
3. Messung und Bewertung	411
4. Steuerung	411
5. Maßnahmen	411
6. Monitoring	412
IV. Ausgewählte GRC-Prozesse für Vereine und Verbände (Compliance-Bibliotheken)	412
1. Wettbewerbs- und Kartellrechtliche Compliance	412
2. Lobbyismus und Compliance	412
3. Datenschutz	413
V. Instrumentelle Perspektive	414
1. Strukturinstrumente	414
2. Verhaltensinstrumente	414
3. Formulare	415
F. Zusammenfassung	415

6. Kapitel. Branchenspezifische Wirtschaftsverbände

§ 14. Sportverbände	417
A. Einleitung	417
I. Sportverein und Sportverband	418
II. Organisation und Finanzierung	419
III. Compliance-Pflicht	420
B. Branchenspezifische Besonderheiten	420
I. Verbandsautonomie	421
II. Monopolstruktur des Sports	422
III. Keine Ausnahme vom Kartellrecht	422
IV. Ehrenamtlichkeit	425
V. Verbandsziele	426
VI. Infrastruktur	426
VII. Interessenkonflikte	427
VIII. Eigene Gerichtsbarkeit	427
IX. Großveranstaltungen	428
C. Compliance-Risikobereiche	429
I. Finanzen	429
II. Ehrenamtliche und Aufwandsentschädigung	430
III. Wahlen/Entscheidungsprozesse	431
IV. Events	431
1. Vergabe	432
2. Durchführung	432
3. Deutschland	433
V. Sponsoring	433
VI. Hospitality und Einladungen	434
VII. Geldwäsche	436
VIII. Kartellrecht	437
1. Regulierung von Spielervermittlern	437
2. Genehmigung privater Ligen oder Wettbewerbe	438
3. Ausländerklauseln	438
4. Informationsaustausch innerhalb des Verbandes bzw. zwischen Verbänden	439
5. Aufnahmeanspruch	440
6. Vergabe von Siegeln und Preisen	441
IX. Datenschutz	442
1. Gesundheitsdaten von Sportlern	442
2. Videoaufnahmen von Sportlern	442
3. Akkreditierung	443
4. Volunteers	443
X. Wettbewerb- und Spielmanipulation	444
1. Spielmanipulation	444
a) Wettbezogenes Matchfixing (§ 265c StGB)	446
b) Nicht wettbezogenes Matchfixing (§ 265d StGB)	446
c) Sog. „wettbezogenes Fehlverhalten“	447
2. Nicht-kommerziell motivierte Manipulation eines sportlichen Wettkampfes	447
3. Haftungsrisiken	448
XI. Doping	448
1. Disziplinarrechtliche Sanktionen durch WADA und NADA	450
2. Strafbarkeit nach AntiDopG	451

D. Compliance-Regelungen und Compliance-Management-System	453
I. Allgemeine Regelwerke	454
1. StGB	454
2. Deutscher Corporate Governance Kodex	454
3. Weitere Standards	454
II. Spezielle Regelwerke	455
1. Bekämpfung von Wettbewerbsmanipulation auf internationaler Verbandsebene	455
2. Bekämpfung von Wettbewerbsmanipulation auf nationaler Verbandsebene	456
3. Leitlinien zur Compliance im Zusammenhang mit Events und Sponsoring	456
a) Leitfaden Hospitality und Strafbarkeit der S20/VSR	456
b) Berliner Compliance Modell	456
4. Sports Governance Codex	457
III. Eigene Regelungen	457
1. Wettkampfmanipulation und Gesundheitsrisiken	458
a) Beispiel: Vermeidung von Anreizen für Wettkampfmanipulation durch Doping	458
b) Beispiel: Vermeidung von allgemeinen Gesundheitsschäden und Missbrauch insbes. bei jungen Sportlern	459
2. Umsetzung von allgemeinen Leitfäden und Kodizes am Beispiel Bestechung, Bestechlichkeit, Untreue	460
2. Interessenkonflikte	460
3. Kartellrecht	461
E. Compliance-Haftung	461
I. Haftungsgrundlage	461
II. Haftung der Leitungsebene	461
1. Mögliche Strafbarkeit einzelner Leitungspersonen nach der sog. „Geschäftsherrenhaftung“	462
2. Haftung der Sportvereine und -verbände für Leitungspersonen gem. § 30 OWiG	462
3. Haftung des Verbandes für Aufsichtspflichtverletzungen der leitenden Organe	462
4. Delegation der Compliance-Verantwortung auf Dritte	463
5. Haftungsreduzierung Ehrenamtlicher	463
6. D&O-Versicherung	464
§ 15. Versicherungswirtschaft	465
A. Branchenspezifische Besonderheiten	465
I. Besondere Bedeutung von Compliance in der Versicherungswirtschaft	465
1. Versicherung als Rechts- und Vertrauensprodukt	465
2. Vorgaben durch Gesetzgeber und Aufsicht	465
3. Freiwillige Selbstverpflichtungsvereinbarungen	466
II. Besondere Bedeutung von Compliance in Verbänden der Versicherungswirtschaft	467
B. Compliance-Management-Systeme in Verbänden der Versicherungswirtschaft	468
C. Verbandskartellrecht in der Versicherungswirtschaft	468
I. Bedeutung des Kartellrechtes für die Verbandsarbeit in der Versicherungswirtschaft	468

II. Typische Fallgruppen in der Verbandsarbeit der Versicherungswirtschaft	469
1. Verhalten in Verbandssitzungen	469
2. Schadenbedarfstatistiken, Studien, Sterbetafeln	469
a) Verhältnis Versicherungs-GVO zum allgemeinen Kartellrecht	470
b) Erhebungen und Tabellen unter der Versicherungs-GVO	471
c) Studien unter der Versicherungs-GVO	471
d) Freistellungsvoraussetzungen für Erhebungen, Tabellen und Studien	472
e) Verwendung der Erhebungen, Tabellen und Studien	472
3. Allgemeine Marktstatistiken und -analysen	473
4. Musterversicherungsbedingungen	473
a) Allgemeine Compliance-Vorgaben für die Bedingungsarbeit	474
b) Besondere Vorgaben zum Schutz des Preiswettbewerbs und von Produktvielfalt und -innovation	475
c) AGB-rechtliche Konformität	475
d) Verwendung von Musterversicherungsbedingungen	476
5. Modelle zur Darstellung von Überschussbeteiligungen	476
6. Schadenverhütungskonzepte und Sicherheitsvorkehrungen	477
7. Selbstverpflichtungsvereinbarungen, Wettbewerbsrichtlinien	478
8. Kommunikation	478
D. Weitere Rechtsgebiete	479
I. Datenschutz	479
II. Vertraulichkeit von Informationen	479
III. Korruptionstatbestände	479
§ 16. Medienverbände	481
A. Medien im Wandel – Verbände im Wandel	481
I. Vertrieb und Auffindbarkeit von Medieninhalten	481
II. Kollektives Arbeitsrecht	484
III. Keine Übertragung auf andere Bereiche	484
B. Kollektive Tarife im Urheberrecht – Geschäftsmodelle im Wettbewerb	484
I. Kollektive Regeln für die Sendung von Musik	485
II. Neue Geschäftsmodelle	487
C. Kollektive Regelungen auch für journalistische Inhalte	488
D. Beispiel: Digitalisierung des Hörfunks	489
E. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	492
§ 17. Kommunale Vereine und Verbände	493
A. Einleitung und Begrifflichkeiten	493
B. Bedeutung der Compliance für kommunale Verbände und Vereine	494
C. Pflicht zur Schaffung einer Compliance-Organisation?	495
D. Grundlagen der Haftung des Verbandes und seiner Organe	496
E. Besonderheiten der Haftung kommunaler Verbände	497
I. Amtshaftung bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften	497
II. Verbandskartellrecht	497
III. Vergaberecht	501
IV. Straftaten im Amt, insbes. Korruption	502
V. Sonstiges	504
§ 18. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)	505
A. Die IHK-Organisation: Einordnung in das System der Wirtschaftsverbände	505

B. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) als IHK der IHKs	506
I. Der Rechtsformwechsel des DIHK vom Verein zur Körperschaft des öffentlichen Rechts	506
II. Aufgaben der Deutschen Industrie- und Handelskammer	508
C. Die Wahrnehmung des wirtschaftlichen Gesamtinteresses als zentrale Aufgabe der innerorganisatorischen Compliance	509
I. Der Begriff des Gesamtinteresses und die Verbandskompetenz	509
1. Inhalt: Wirtschaftliche Interessen versus Allgemeinpolitik?	510
2. Form und Verfahren: die Voraussetzungen der Wahrnehmung des Gesamtinteresses	512
a) Gewährleistung der Binnenpluralität und der Vollständigkeit	512
b) Kommunikation	513
II. „Mitgliedercompliance“ und die Wahrnehmung des Gesamtinteresses in der funktionalen Selbstverwaltung durch die DIHK	513
1. Ein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis zu den Mitgliedern der Mitglieder	513
2. Ein neues gesetzliches Compliance-Gremium: der Beschwerdeausschuss bzw. „Rat für Integrität und Schlichtung“	515
3. Ergänzende Maßnahmen der „Äußerungscompliance“	516
D. Sonstige compliancerelevante Besonderheiten für die DIHK	516
I. Externe, staatliche Aufsicht	516
II. Innerorganisatorische Compliance im Rahmen der Selbstverwaltung	517
III. Bedeutung des Public Corporate Governance Kodex und des Lobbyregisters	517
E. Zusammenfassung	518
Sachverzeichnis	521

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG